Anfrage, DS-Nr. 2022/0495

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	07.06.2022			

Betreff: Wohnungsaufsicht gegen Leerstände und Zweckentfremdung
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 05. Mai 2022

Sachdarstellung:

Die SPD-Fraktion bittet mit beigefügter Anfrage um Auskunft, ob und wie die Verwaltung gemäß Wohnungsaufsichtsgesetz NRW wohnungsaufsichtsrechtlich gegen länger andauernde Wohnungsleerstände und gegen Zweckentfremdungen (z.B. durch gewerbliche Nutzung von Wohnungen als Monteurwohnungen oder Ferienwohnungen) vorgeht und bittet in diesem Zusammenhang um die Beantwortung diverser Fragen.

Zunächst einmal bleibt festzuhalten, dass das Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG NRW) mit Wirkung zum 01.07.2021 außer Kraft getreten ist und zum gleichen Zeitpunkt durch das Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in NRW (Wohnraumstärkungsgesetz –WohnStG-) ersetzt wurde.

Ein wohnungsaufsichtsrechtliches Einschreiten gegen Zweckentfremdungen in jeglicher Form (zu denen auch das Leerstellenlassen von Wohnraum über einen Zeitraum von länger als sechs Monaten gehört) bedarf einer Rechtsgrundlage in Form einer entsprechenden Satzung, die in Troisdorf derzeit nicht vorhanden ist. Eine Vorlage zur Diskussion im Rat über eine solche Zweckentfremdungssatzung wird verwaltungsseitig derzeit erarbeitet.

Insoweit teilt die Verwaltung also mit, dass sie aufgrund nicht vorhandener Rechtsgrundlage nicht gegen länger andauernde Wohnungsleerstände und Zweckentfremdungen im Sinne der Anfrage vorgeht und vorgehen kann. Eine weitere Beantwortung der einzelnen Fragen zu Fallzahlen und Bearbeitungsdauer ist somit obsolet.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete